

# Volkswacht

**Anzeigenpreise:**  
 Die neuzeitl. Komparatabelle 40 J.  
 Inlerate für auswärt. 30 J.  
 Arbeitsmarkt und Wohnungs-  
 anfragen 15 J.  
 Die vierwöchentliche Kollomzelle 1.20 J.  
 Bei Wiederholungen Rabatt.  
 Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen  
 der Zeitung in unseren Händen sein.

Die Volkswacht erscheint täglich mit  
 Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
**Bezugspreise:**  
 In Danzig durch unsere Zweig-  
 stellen . . . monatlich 1.20 J.  
 vierteljährlich 4.30 J.  
 Durch die Post bezogen außerdem  
 noch Postgebühren . . . monatlich 14 J.  
 Einzelnummern . . . . . 10 J.  
 Postfach-Danzig Nr. 2345.

**Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen**  
 Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften  
 Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32. Telefon: Redaktion 3795. Expedition 3290.

Nr. 110 Donnerstag, den 15. Mai 1919 10. Jahrgang

## Arbeiter, rettet die deutsche Republik!

### Verhandeln!

Das noch, das die Entente dem deutschen Volke aufzubürden gedenkt, ist nicht zu tragen. Noch weniger ist daran zu denken, daß die erawamen Anbelungsbedingungen der Clemenceau und Genossen jemals erfüllt zu werden vermögen. Eine Brotkollombgebung folgt der anderen. Eine Vorkriegsrente der Nationalversammlung, die protektierte, so erobert geistern die preußische Landesversammlung entscheidende Einsprüche. Doch nicht genug damit. In Berlin demonstrieren die Mehrheitssozialisten in gewaltiger Zahl gegen die beabsichtigte Verflüchtung der Arbeiterschaft.

Inzwischen wechelt man in Paris Raten und es hat doch den Anschein, als käme es zu Verhandlungen in irgendeiner Form. Das viel dabei heraus bringt, glauben wir nicht. Doch es muß versucht werden, dem Vertragsschicksal die Wistähne auszubrechen. Diesen Vertrag können wir nicht unterzeichnen, ob einen abgeänderten, das wird die Zukunft lehren. Das muß die Haltung der deutschen Arbeiterschaft sein.

Wer mehr hat, wer in dieser Stunde entweder abtrotzig bekämpft oder aber nach der Manier gewisser Unabhängiger immer und immer wieder sagt: „Wir müssen unterzeichnen!“ schwächt unsere Position.

**Beweis:** Am Sonntag früh schrieb Karl Kauffmann in der Berliner Freiheit für die Unterzeichnung des Vertrages und bereits am Montag schrieb unser französischer Bruderbrüder, die Humanität, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Kauffmann wenigstens entschieden gegen die Gewaltvolltät eines Clemenceau!

Darum: fort man allen persönlichen Sonderwünschen! Es war immer eine Schwäche des deutschen Volkes, in historisch bedeutenden Zeiten kleinlich zu kritteln. Dazu ist jetzt keine Zeit! Jetzt heißt es: Die dem Vertrag ein entscheidendes Nein! Jetzt heißt es, das Volk vorbereiten auf die schweren Seiten, die kommen werden.

Zurück mit allen Plänen und Wünschen. Ein gewaltiger Massenaufruf muß Verhandlungen erzwingen! Im Interesse der jungen Republik und der sozialistischen Internationale, die nicht wünschen kann, daß durch Verflüchtung der deutschen Staats- und Wirtschaftskörper die sozialistische Entwicklung unseres Vaterlandes unmöglich gemacht wird!

### Sitzungsbericht.

21. Sitzung, Dienstag, den 13. Mai, nachmittags 1 Uhr.  
 Am Regierungstisch: Girsch, Fischbeck, Braun u. a.  
 Es ist wiederum eine Reihe von Vorklagen, sowie eine große Anzahl von Einsprüchen und Bewahrungen eingelaufen. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der vom Ministerpräsidenten am 8. Mai abgegebenen Erklärung über die Friedensbedingungen.

**Abg. Gräfe-Frankfurt (Soz.):**  
 Nachdem Deutschland nach 14 Jahren Krieg wirtschaftlich und militärisch niedergeschlagen war, mußten wir darauf gefaßt sein, daß die übermächtigen Feinde uns sehr harte Bedingungen auferlegen würden. Uns blieb die einzige Hoffnung, die Feinde würden uns, schon um zu ihren Entschädigungen zu kommen, das Leben lassen, nachdem sie selbst so oft davon gesprochen hatten, daß nicht ein Gewalt-, sondern ein Rechtsfrieden, ein Frieden der Gerechtigkeit, geschlossen werden sollte. Aber was erleben wir? Die Gegner haben einen Friedensvertrag für uns fertig, der einen ganzen Nord umfaßt, und verlangen von uns, daß wir diese Friedensbedingungen einfach unterzeichnen. Da war es doch viel zweckmäßiger, eine Delegation nach Versailles zu schicken, man hätte es viel billiger haben können, den Vertrag durch einen Deutschlandmann holen zu lassen. Quantitäten der Feinde wird uns deutsches Gebiet geraubt. Das ist ein Völkermord auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, weil hochgebendes deutsches Volk den Völkermord ausgeübt werden soll. Dürren ist kein Hunger werden, es kann aber abgehandelt vom Mutterlande nicht begehren und muß zugrunde gehen. Deutschland soll abgetrennt und gerichtet werden. Diese Leute führen immer das Christentum im Munde, sie begehren aber organisierten Mord, wenn sie uns unsere Wirtschaft nehmen. So will man viele Millionen Kinder dem Tode ausliefern. (Hui-Hui.) Das wirtschaftliche Leben muß bei diesen Bedingungen zusammenbrechen. Wir haben dann keine Rohstoffe und keine Arbeitskraft mehr. Wenn ein Arbeiter sagen sollte, es geht so, so ist er ein Verräter und schändlicher Feind. (Beifall.) Die Folgen dieses Friedensvertrages müssen Anarchie und Völkermord sein. Dieser Friedensvertrag richtet sich gegen den Sozialismus. Die Entente möchte, daß die Sozialdemokratie mit Eisenknäuelen auf nach England und Frankreich Knechtungen. In dieser Form ist dieser Frieden für Deutschland unannehmbar. (Hui-Hui.) Will die Regierung die Verantwortung nicht übernehmen, so müssen wir das Wort führen, um die Verantwortung zu übernehmen.

Berlin, 13. Mai. Reichspräsident Ebert hat zu einem Redakteur des „Vorwärts“ u. a. folgendes geäußert:  
 „Vor allem sollen die Arbeiter bedenken, daß es jetzt um Letztes und Höchstes geht; ein zertrümmertes Deutschland kann nichts leisten für den sozialistischen Fortschritt der Welt und für das Wohl einer arbeitenden Bevölkerung. Die Arbeiter müssen, indem sie allgemein in die Wege der Vernunft einlenken und ihre bewundernswürdigen moralischen Widerstandskraft in den Dienst des Volkes ganz stellen, Deutschland retten. Ich hoffe zuversichtlich, sie werden es tun.“

In der Stunde der Gefahr lassen die Sozialdemokraten das Vaterland nicht im Stich. (Beifall.)

**Abg. Gerat (Dt.-nat. Sp.):**  
 Die ganze Welt, soweit sie überhaupt noch neutral ist, ruhen wir zu Richter auf zwischen uns und unseren rechtlichen Gegnern. Das Unannehmbar muß ohne Vorbehalt, nicht nur zum Schein erfolgen. Nur kein Rubbelhandel um den einen oder den anderen Punkt!

**Abg. Gerold (Sentr.):**  
 Wir in Preußen und Deutschland wollen uns zusammenschließen in dieser schweren Schicksalsstunde mit Antianlehnung aller Parteigrenzen. Wir wollen uns und unsere Parteigenossen aufrufen: Rettet das Vaterland! (Stürmischer Beifall.)

**Abg. Dr. v. Krause (Dt. Sp.):**  
 Wir von der Deutschen Volkspartei erklären, daß wir ein solches Friedenswerk als unannehmbar, unmöglich und unannehmlich zurückweisen. Wir erklären diesen Vertrag für das ganze deutsche Volk für unmöglich und unannehmbar. (Lebhafter Beifall rechts.)

**Abg. Ebel Hoffmann (N. Soz.):**  
 Wir verurteilen in gleicher Weise den Vertrag und sind in dieser Beurteilung mit dem ganzen Haus einig. Es ist ein kaltschnäuelnder Vertrag. Wir Sozialdemokraten, die wir noch auf dem alten Standpunkte stehen, leben in dem Kapitalismus die einzige und alleinige Grundursache der ganzen Katastrophe. Der Redner verliest eine Erklärung, in der er gegen den Gewaltfrieden protestiert und die Arbeiter zur Weltrevolution auffordert.

**Abg. v. Danneberg (Welfe)** erklärt sich gegen den Vertrag.

**Abg. Dr. Friedberger (Dt. dem. F.):**  
 Dieser Friedensvertrag übersteigt alle Verhältnisse. Einem solchen Frieden können wir niemals zustimmen, das wäre gegen unsere Ehre.

**Frau Gae (Soz.)** richtet an alle Frauen der Welt die Aufforderung, diesen Gewaltfrieden zu verhindern.

**Frau Heßberger (Sentr.)** bittet alle Frauen in den feindlichen Ländern, sich der christlichen Lehre zu erinnern und diese unerbitterlichen Bedingungen nicht zu dulden.

**Abg. Frau Arndt (N. Soz.)** wendet sich an die Arbeiterfrauen der ganzen Welt und fordert sie zum Protest auf.

**Abg. Frk. Dönhoff (Dt. dem. F.)** schildert die Not der Frauen und Kinder in der Kriegszeit und erhebt Einspruch gegen die Gunstbedingungen.

**Abg. Frk. Köhmann (Dt. Sp.)** protestiert aus Chicago in dieser Stunde der Not auf. (Beifall.)

Damit schließt die Aussprache. Das Haus verläßt sich auf Donnerstag, den 22. Mai, 12 Uhr: Reichstagsbesitzungsangelegenheiten, Antidote. Schluß 12 Uhr.

### Berlins Protest.

Massenkundgebungen für einen Rechtsfrieden veranstalteten Dienstag nachmittags die Sozialdemokratischen Reichsparteien auf dem Königsplatz. Schon lange vor der festgesetzten Stunde hatten sich gewaltige Menschenmassen eingefunden. Die Abendausgabe des „Vorwärts“ wurde in Massen verteilt und der Reichspräsident des Reichspräsidenten Ebert. Die Arbeiter können Deutschland retten, so wie kein Zweifel an die amerikanischen Demokraten überall bestehen. Um alle den Tausenden die Möglichkeit zu geben, auch die Reden zu verfolgen, wurde gleichzeitig am der Freiheitstempel das Reichstagsgebäude, am Viktoria-Denkmal, an der Dierckshaus und am eiserernen Hindenburgdenkmal. Währenddessen der Sozialdemokratische und deutsche Landvolk aus den besten Rednern die besten Redner. Man protestierte gegen das unannehme Unrecht der Friedensbedingungen der Entente, und nahm eine Ent-

schuldig der Völker gefordert wird und es u. a. heißt:

Ein Frieden nach diesen Bedingungen wäre ein Frieden gegen die deutschen Arbeiter, gegen den Sozialismus. Ein solcher Frieden kann kein dauernder Frieden sein, sondern wird aus neue Schrecken und Notgefühle werden und neue Kriegszüge in sich bergen. Wir fordern das deutsche Volk auf, einzeln zusammenzutreten in dieser schweren Zeit und ruhen das Proletariat aller Länder auf, mit uns zu kämpfen gegen die imperialistischen Gewaltpolitiker der Entente für einen dauernden Rechtsfrieden.

Nach der „Völkischen Zeitung“ haben Hunderttausende an der Kundgebung teilgenommen.

**Nürnberg, 13. Mai. (N. Z. B.)** Abends fand eine Massenkundgebung der Nürnberger Arbeiterklasse gegen den Gewaltfrieden der Entente statt. Eine vieltausendköpfige Menge nahm einstimmig eine Entschließung an, die Reichsregierung, das Parlament und die Friedensunterhändler bei dem schweren Verfall der Gegenansprüche einseitig zu unterstützen.

### Eine Rede Scheidemanns.

Am Anschließ an die Berliner Kundgebung der Mehrheitssozialisten, von einer nach tausenden zählenden Menschenmenge vor die Reichskanzlei, um auch hier gegen den Gewaltfrieden zu protestieren. Der Ministerpräsident Scheidemann erschien am Fenster und hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Man hat mich angegriffen, als wir auf der Höhe unserer militärischen Erfolge standen, als man — ich sage das ganz unverhohlen heraus — ganz niederträchtige Forderungen auch von mancher deutschen Seite aufstellte. Aber gerade deshalb, weil wir das bekämpft haben, weil wir nicht wollten, daß die Völker verarmt werden, haben wir das doppelte Recht zu sagen jetzt wehren wir uns gegen unsere eigene Verarmung. (Beifall.)

Jede Seite, jede Zeile in dem Buch der Friedensbedingungen, jedes folgende Wort übertrumpft an Herzlosigkeit und Härte, aber auch an politischer Kurzsichtigkeit den vorangehenden Paragraphen. Es ist unmöglich, daß wir einen solchen Vertrag, wie er uns jetzt vorliegt, unterschreiben können. Das können wir nicht. (Beifall.)

Wir sind bereit, Frieden zu machen. Wir sind auch bereit, das anzumachen, das unerreichtes erreicht worden ist. Wir sind bereit, die Schäden im Ausland, soweit sie auf unser Konto kommen, und auch im Inland wieder auszumachen. Aber man solle uns nicht erst die Hände binden,

man soll uns nicht in Fesseln legen und dann von uns verlangen, daß wir arbeiten. Wir brauchen vor allen Dingen Brot, Rohstoffe, die Möglichkeit zu arbeiten, damit wir die Verpflichtungen, die wir eingehen werden, auch erfüllen können. In der jetzigen Regierung sieht sehr Mann, der so unachselig wäre, etwas zu versprechen, wovon er wisse, er kann es nicht halten. (Beifall.) Was wir unterschreiben, das muß so sein, daß wir unserer Liebermann nach sagen können: Wir glauben es als ehrliche Männer erfüllen zu können. (Beifall.)

Sieien Sie überzeugt: Wenn Sie tren zu uns stehen, wenn man jenseits der Grenzen weiß, daß deutsche Volk steht zu seiner Regierung, der Regierung der Demokratie, dann wird man auch wissen, daß man uns nicht wie Hunde behandeln kann. Wir wollen den Frieden. Wir sind bereit zu Verhandlungen, wir wünschen diese Verhandlungen auf Grund des Wilsonschen Programms. Unter ganzen Vorkleben ist auf die Einhaltung von Verhandlungen gerichtet, die nicht abbrechen dürfen, bis die Welt den Frieden hat. Unsere Kräfte können ins Riesenhafte wachsen, wenn wir wissen, 60 Millionen Deutsche stehen hinter uns, und so fordern wir Sie auf, uns zu helfen in den Verhandlungen, zu denen wir hoffentlich kommen. Stimmen Sie ein in den Ruf: Es lebe der Frieden, es lebe Deutschland! (Die Menge stimmte dreimal in den Ruf.)

### Unmittelbare Verhandlungen.

Nach Meldungen des Bayerischen Korrespondenten des Berliner „Kulturtribüneblattes“ berichte eine Savasnote gestern abend wie folgt: Die deutschen Gegenansprüche werden bis Freitag erwartet. Clemenceau erhält die Vollmacht, unmittelbare Besprechungen mit den deutschen Delegierten zu führen, sofern dies nötig sein sollte. Der „Tempo“ meldet, Frankreich habe sich es zu verschließen, daß aus den sachlichen Gegenansprüchen der Deutschen Initiationsstoff für eine Liniearbeit unter den Allierten entstehe.

### Einspruch der Internationale

Verailles, 13. Mai. (N. Z. B.) Der internationale sozialistische Ausschuss beschloß in der letzten Sitzung, dem Viererrat eine einachebende Darstelluna seines Standpunktes über den Friedensvertrag zu unterbreiten. Der Ausschuss in Paris stellte in einer Erklärung fest, daß die Weigerung Deutschlands und Rußland in die Gesellschaft der Nationen sofort aufzunehmen, internationalistisch berichtigt werden müsse, damit die Liga einen Krieg wirksam verhindern könne. Die Internationale verlange von der Allierten die Erklärung, daß sie ihre militärische Politik aufheben und ihre Maßnahmen zu Wasser und zu Lande sofort einschränken werden. Die Erklärung des deutschen Staates in zwei akzentuierte Teile werde eine Quelle von Schwierigkeiten und Unbehagen bleiben. Die Bedingungen betreffs des Saarlandes behielten den Vorbehalt, daß die Berücksichtigung Deutschlands beabsichtigt werde.

**Amsterdam, 13. Mai.** Die Delegation aus Paris meldet, daß die internationale sozialistische Kommission eine Abordnung ernannt, die sich nach Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Deutschland begeben soll, um mit den deutschen Sozialisten Rücksprache zu nehmen.

### Deutsch-Osterreichische Grenzen.

Der Beherrschter, w dem Tardien als Vertreten-der des territorialen Auswärtigen Ministeriums war, hat gestern die Grenzen von Deutsch-Osterreich und Ungarn erörtert, die unverändert nach den Anschließlichkeiten angenommen wurden.

„Austrian“ Ministerium der Tschechoslowakische Staat wurde Bohmen, Mähren und einen großen Teil von Osterreichisch Schlesien, sowie die Stadt Teschen umfassen. Inwieweit nammentlicher Verbindung mit Mähren hat man ihm auch unerschütterliches Recht in den Karpaten anzuweisen. Dieser Sozialist verurteilte Mähren Widerstand der Ukrainer, der Polenbrüder der Russen. Die Redner im Namen des Osterreiches den ganzen schlesischen Teil von Galizien bis zum San und den ungarischen Teil der Karpaten. Die Konferenz, berichtet das Blatt weiter, gewährt Mähren nicht alles, was ihm im Vertrag von 1918 zugesprochen war, der ihm die ganze Bukovina, Siebenbürgen, die Ebene auf dem linken Theißufer und den Grazer Tiesensalzhintergründe. Es bleibt übrig Mähren die ganze Bukovina, obwohl der nordöstliche Teil unbestreitbar rutenisch und ukrainisch ist, und Siebenbürgen, dagegen läßt man Ungarn die magyarischen Teile des Theißdeltas. Die Grenze wird unachselig durch Garam, Neudorf, Tabor, Grahewalden,

schlesische Teil des Banat, Tarnopol, und der Bukovina. Südlich von Tarnopol, die Bukovina, Krain und Karain, sowie die Bukovina, die von Ungarn, Bulgarien, Siebenbürgen, Theiß und Donau und nördlich von der Donau. Das Schicksal des schlesischen Teiles von Galizien, der Steiermark und der Gebiete Magyarsch und Barbara wird durch Volksentscheidung entschieden.

Somit ist Deutsch-Osterreich auf einen Teil von Mähren und Steiermark und Ober- und Nieder-Osterreich und Tirol beschränkt. Die drei „Nein“ Parteien hinunter, erhält Mähren Südtirol bis zum Brennerpaß. Ungarn behält nur noch aus der Donaubene.

Ueber die weiteren Bedingungen berichtet der „Austrian“.

Gemäß den im Vertrag mit Deutschland angegebenen Grundbedingungen werden die von dem Frieden entstandenen Schulden proportional unter alle Deutschen, im Gebiete der früheren Osterreichischen Monarchie geteilt, ebenso die Bitterausmachungen, nur die Forderungen, die die Verantwortung zu tragen haben. Daraus werden die während des Krieges in Osterreich gemachten Schulden ausschließlich von Osterreich und Ungarn zu tragen sein. Die Osterreichische Regierung



# Drei Noten des Reichsministers Brockdorff-Rantzau.

Reichsminister Graf von Brockdorff-Rantzau hat gestern an den Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau drei Noten geschickt.

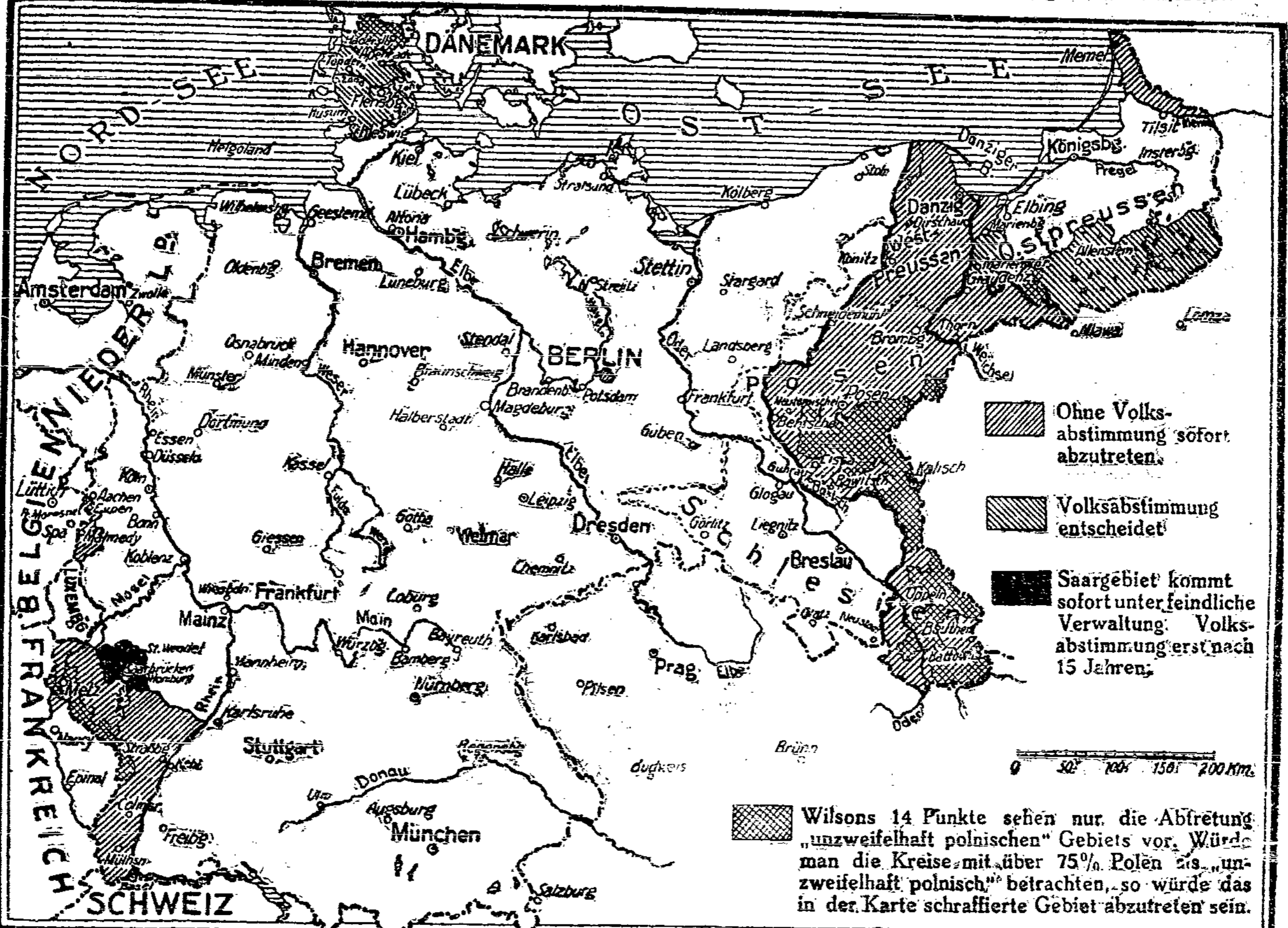
In der ersten Note, die die Forderung der volkswirtschaftlichen Kommission wiederholt, heißt es: Nach der durch die feindlichen Bedingungen auferlegten Einbuße an eigener Produktion, nach der wirtschaftlichen Schwächung durch den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte und der auswärtigen Besitztümer wäre Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Die deutsche Industrie müßte daher in einem gewaltigen Umfang erschöpfen. Günstig wäre der Bedarf an Lebensmitteln zu befriedigen, ihn zu befriedigen, außerordentlich zu tun müßte. Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außerstande, den vielen Millionen auf Schiffahrt und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu gewähren. Diese Menschen müßten aus Deutschland auswandern. Das ist aber technisch unmöglich, zumal sich viele der wichtigsten Länder

der Welt gerade gegen die deutsche Einwanderung sperren würden. Außerdem würden hunderttausende ausgewiesener Deutsche aus den Gebieten der mit Deutschland kriegführenden Staaten sowie aus den abzutretenden deutschen Territorien und Kolonien nach dem übrig bleibenden deutschen Gebiet einströmen. Werden die Friedensbedingungen durchgesetzt, so bedeutet das einfach, daß viele Millionen Menschen in Deutschland zu Grunde gehen müßten. Dieser Prozeß würde sich rasch entwickeln, da durch die Blockade während des Krieges und deren Verschärfung während des Waffenstillstandes die Volksgesundheit geschwächt ist. Kein Giftwert, noch so groß und langfristige angelegt, könnte diesem Massenherb des Einfall tun. Der Friede würde von Deutschland an Mehrfachen der Kriegsverluste (14 Millionen im Falle gelassen, fast 1 Million Opfer der Blockade.) Wir wissen nicht und möchten es beweisen, ob die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte sich über die Konsequenzen im Klaren sind, wie sie unvermeidlich eintreten würden, wenn Deutschland, soeben noch ein blühendes

volkster, mit der ganzen Weltwirtschaft verknüpft, auf gewaltige Rohstoffe und Lebensmittelmittel angewiesener Industriegebiet, plötzlich auf eine Entvölkerung zurückzuführen ist. Die seiner ökonomischen Konstruktion und seiner Bevölkerungsdichte vor vor einem halben Jahrhundert entspricht. Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus. In der zweiten, die Blockade betreffenden Note führt Graf Brockdorff-Rantzau aus: Die deutsche Delegation vermag nicht anerkennen, daß aus einer Schuld der früheren deutschen Regierung an der Entschädigung des Weltkrieges ein Recht oder Anspruch der alliierten und assoziierten Mächte auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste hergeleitet werden könne. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten haben zudem wiederholt erklärt, daß das deutsche Volk nicht für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht werden solle. Das deutsche Volk

hat den Krieg nicht gewollt, und würde einen Antritt des Krieges nie mitmachen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist dieser Krieg stets ein Verstoß auf die Gerechtigkeit. Und die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des Krieges zu beschuldigen ist, wird von deutschen Delegierten nicht geteilt. Sie vermindern das Verbrechen deutschen Regierung nicht die alleinige oder hauptsächlichste Schuld an diesem Kriege anzuerkennen. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages findet sich nichts, was eine Aufhebung jenes Verstoßes begründet. Keinerlei Beweise werden für die Behauptung, die deutschen Delegierten hätten daher um Entschädigung des Verlustes der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Befreiung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. In der dritten Note — die im Wortlaut hier noch nicht vorliegt — wird Protest erhoben gegen die geforderten Sanctionsleistungen.

## Die Zerstückerung Deutschlands. Vom Reiche sollen in Ost und West 5 1/2 Millionen Deutsche getrennt werden.



### Politisches.

**Der Postverkehr zwischen Deutsch-Oesterreich und Serbien**

Im Entschieden bearbeitet. Deutschland hat noch keine Verbindung mit den Vereinigten Staaten.

**Vat und Frieden.**

Der Bischof von Venedig fand an den Kurien in München die Bitte, den Papst um Vermittlung bei den Entschieden behufs Milderung der unerfüllbaren Friedensbedingungen anzusprechen.

Die Transporte der Armee Haller durch Deutschland gehen weiter.

### Soziales.

**Opfer des Krieges.** Die Studienfähigkeit für lokale Folgen des Krieges in Kopenhagen veröffentlicht eine Hebericht über den Stand der Bevölkerung Deutschlands. Danach wurden im Jahre 1918 in Deutschland lebend geboren 1.930.000 Menschen, im Jahre 1918 nur noch 945.000. In 51 Kriegsmonaten betrug der Geburtenrückgang rund 2,5 Millionen. Im Jahre 1913 starben in Deutschland 728.000 Menschen, die älter als ein Jahr waren; im Jahre 1918 (einschließlich Kriegstodesopfer) 1.490.000. Die Zunahme dieser Sterblichkeit betrug in diesem Jahre 165 Prozent. Bis zum Jahre 1918 vermehrte sich die Bevölkerung Deutschlands seit langer Zeit um jährlich rund 900.000 Menschen. Im Jahre 1918 betrug der Geburtenüberschuss 834.000; im Jahre 1918 der Überbestand der Sterbefälle 885.000. Der Gesamtbevölkerungszuwachs in 4 Kriegsjahren im Deutschen Reich betrug nur in einer Ausnahme der Geburten von 2,1 Millionen, in einer Abnahme der Geburten von 2,5 Millionen; das ergibt einen Geburtenverlust von 5,8 Millionen Menschen. Unter den Geburten, die älter als ein Jahr waren, befanden sich einschließlich der Vermögenden etwa 1,8 Millionen Kriegstodesopfer. Durch die Verluste ist der Arbeitswert der deutschen Volkswirtschaft von 8 Prozent der Bevölkerung, von 16 Prozent der Männer verloren gegangen, und zwar trifft dieser Teil

gerade die leistungsfähigsten Schichten unserer Bevölkerung. Nach den Berichten der Vereinigten Deutschen Gesellschaft in Berlin sollen in Deutschland in den Kriegsjahren infolge Unterernährung insgesamt 788.000 Menschen gestorben sein, davon 260.000 im Jahre 1917 und 294.000 im Jahre 1918. Der Stand der Bevölkerung vor dem Kriege betrug 67,9 Millionen; darunter 33,5 männlich, 34,3 weiblich. Bei normaler Entwicklung wäre der Bevölkerungszuwachs bis jetzt auf ca. 71 Millionen. In Wirklichkeit beträgt er nur noch 5,1 Millionen. Das Verhältnis der Geschlechter aber hat sich verschoben auf 31,2 Millionen männlich, 33,9 weibliche Personen. — Die Zahl der wehrfähigen Deutschen, d. h. der Männer von 17 bis 45 Jahren, betrug um die Mitte des Jahres 1914 15,8 Millionen. Bis Mitte 1918 waren etwa 30 Prozent aller Wehrfähigen eingezogen.

### Lokales.

**Aus dem Dreiklassen-Parlament.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Versammlung Stellung zu den Friedensbedingungen, besonders zu der Umgestaltung Danzigs in einen Freistaat. Stadtverordneter Dr. Behrmann brachte diese Entschließung ein, in der er forderte, daß ein Frieden, der uns vom Reich trennt und uns in die Völkergerechtigkeit bringt, nicht abgeschlossen werden darf. Nachdem eine Reihe von Rednern im Sinne der Entschließung gesprochen hatte, wurde diese angenommen.

Stadtverordneter Dr. Hartmann fragt an, warum die 12 Millionen Reichsleute, die seit 1914 auf dem Reichsberg liegen, nicht für den Kleinmünzenbesitz freigegeben werden. Droy vieler Vermittlungen seitens der Stadt kann keine Freigabe erreicht werden. Man ist zur Annahme geneigter, daß hier die Freigabe hinfertig ist, um zu geordneten Zeit Punkt daraus zu schließen. Es müßte vom zuständigen Minister sofortige Freigabe angefordert werden.

Die Kosten für die Polizei sind von 42.000 auf 546.000 Mk. gestiegen. Es wurde Klage geführt, daß von der Tätigkeit der Polizei bezüglich weitaus

spüren ist. Dem wüsten abendlichen Treiben auf der Straße müßte die Polizei endlich einen Riegel vorziehen und für Sauberkeit der Straße sorgen.

Um die Bewilligung von Kosten für Wohnungspläne entpenn sich eine längere Debatte, in der besonders Stadtrat Lange aus dem Magistrat herauszutreten versuchte, wer den Wohnungsplan angefertigt hat. Nach längerer Aussprache liquorierte Stadtrat Gwert das absehbare Dunkel, indem er erklärte, daß der Stadtrat, Architekt Schade von der Stadt beauftragt war, die Vorarbeiten für Wohnungspläne zu liefern. Diese Pläne wurden vorerst aus bestimmten Gründen absehbare gehalten. Der Magistrat habe hier vollkommen korrekt gehandelt.

Einige Stadtrat erklärten, daß durch diese Verhältnisse einliger Herren die ganze Sache ein schlechtes Licht erhalte; eine offene Anklage an den Magistrat wäre vorzuziehen gewesen.

### Wäsche und Kleiderstoffe.

Nach dem Bericht sind an die Danziger Bevölkerung bereits geringere Mengen von Wäsche und Kleiderstoffen verkauft worden. Bei der Verteilung haben sich Schwierigkeiten ergeben, die zu Klagen Anlaß geben. Auch an die Stelle der Zweigleise des Reichsverwaltungsrates gelangten diese Klagen und der Leiter desselben berief zu geistern eine Sitzung ein, in der die Angelegenheit behandelt und eine bessere Verteilungsmethode festgestellt wurde. Es waren anwesend Vertreter der Reichs-Textil-Industrie, des Magistrats, der Materialverwertungsgesellschaft, der Detailhändler, der Landwirte, des Volksauswahlschusses, der drei Gewerkschaften, Gewerkschaften, Vereine, auch die Unabhängigen waren vertreten. Die Verteilung über die erste Verteilung wurden kurz erörtert. Bei dem Umfang der Distribution an Wäsche und Kleiderstoffen angenommen hatten, trat aus der Mitte hervor, daß etwa zwei Drittel aus diesem Wege der ordnungsmäßigen Verteilung entzogen werden sind. Im übrigen haben sich manche Familien mehrfach Klagen kauft können, während andere leer ausgegangen. Das soll nun vermieden werden. Von den in Danzig lagernden Vorräten verbleiben 10 Prozent in Danzig und der Provinz. Eine Er-

hebung dieses Anteils ist aber nicht ausgeschlossen. Nach dem Vorschlag des Herrn Woll so, die zufällige Verteilung in folgender Weise vor sich geben: Nur diejenigen Personen sollen Sachen erhalten, bei denen ein Bedürfnis vorliegt und die nicht bereits berücksichtigt sind. Eine Nummer der Hauptverteilungskarte soll für diesen Zweck aufgerufen werden. Mit dieser Nummer kann aber nur dann gekauft werden, wenn sie abgemeldet ist. Diese Abmeldung gehören die drei Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften, der Reichsbund der Kriegskriegsgefangenen, die Organisationen der Angehörigen, Beamten usw. für ihre Mitglieder. Die übrige Abmeldung gehört die Vorkaufsstelle des Magistrats. Der Verkauf geschieht dann durch die Organisationen für die von ihnen abgemeldeten Nummern in den von ihnen betrieblen Verkaufsstellen, für die übrige Bevölkerung in andern Verkaufsstellen. Der Verkaufsbereich wird für alle Verkaufsstellen gleich hoch sein müssen. Der Verkauf soll in 10 Kreise der Reichs-Verwaltung und Kriegswirtschaften berücksichtigt werden. Die Arbeiter, die mit diesen Waren beschäftigt sind, verlangen ebenfalls in erster Reihe berücksichtigt zu werden. Es wurde nun aber von einem Arbeiter eines Betriebes gefordert, daß keine Arbeiter bevorzugt werden, da dies bei den übrigen Arbeitern Unzufriedenheit erregt. Die Verkaufsstellen haben für die angeforderten Waren die Marken oder die Waren zu liefern. Wer die Waren nicht zurüch liefert, muß sie mit dem fürstlichen Preise bezahlen, da dann angenommen wird, daß er sie im Schleißhandel verkauft hat.

**Für die Butterhändler.**

Die Butterhändler werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die für die bevorstehende Ausgabe von Butter bestimmten Bestandskonten am Donnerstag, den 15. Mai 1919, in der Zeit von 8-12 Uhr von der Markteinstellung, Köpfergasse 38, abholen sollten müssen.

**Weißer Zähne**

erzielen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch der Zahnpasta Chlorodont. Vorrätliche Verkaufsstellen für Familien-Intelligenz durch die Mundhöhle. Überall zu haben.

